

1
2 **Stärkung der Solidarität: JA! Allgemeine Dienstpflicht: NEIN!**
3
4

5 **Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich gegen eine "Allgemeine Dienstpflicht"**
6 **in Deutschland aus.**
7

8 Ein derartiger Pflichtdienst für junge Frauen und Männer ist unserer Meinung nach nicht
9 geeignet, Probleme im betreuenden und pflegerischen Bereich in Deutschland zu
10 lösen. Bereits heute ist dort der Einsatz von Zivildienstleistenden – entgegen den
11 gesetzlichen Vorgaben – nicht arbeitsplatzneutral. Notwendig sind im sozialen und
12 pflegerischen Bereich jedoch gut ausgebildete Arbeitskräfte, die einen hohen fachlichen
13 Standard gewährleisten und zugleich auch personale Kontinuität bieten.
14

15 Auch würde eine Allgemeine Dienstpflicht nicht – wie von den Verfechtern vertreten –
16 einer zunehmenden Entsolidarisierung entgegenwirken. Solidarität und soziale
17 Verantwortung können nicht durch Zwangsverpflichtung erzwungen, sondern müssen
18 vielmehr erlernt und gefördert werden.
19

20 Um Solidarität und Verantwortung zu fördern, braucht es einen Grundkonsens in der
21 Gesellschaft unseres Landes. Er muss auf sozialem Engagement und auf
22 gesellschaftlichem Ausgleich beruhen und sollte sich nicht am individuellen Nutzen
23 orientieren. Solidarität und soziale Verantwortung dürfen hingegen nicht den jüngeren
24 Generationen aufgezwungen werden.
25

26 **Die Junge Union in Nordrhein Westfalen setzt sich stattdessen für eine Aufwertung des**
27 **Freiwilligen Sozialen Jahres ein, welches schon heute speziell von jungen Frauen**
28 **vielfach abgeleistet wird.**
29

30 Der hier zum Ausdruck kommende Sinn für die Gemeinschaft verdient es, durch gute
31 Rahmenbedingungen unterstützt zu werden.
32

33 Folgende Rahmenbedingungen sollten deshalb gewährleistet werden:
34

- 35 • Zahlung eines Entgeltes, das über dem Sozialhilfesatz liegt (zuzügl. Wohngeld)
- 36 • Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat
- 37 • Einführung eines Bonussystems für "Freiwillige" mit Vergünstigungen
- 38 • Ausstellung einer Bescheinigung mit erworbenen Qualifikationen und ggf.
39 Anerkennung als Praktikum und Anrechnung auf NC bei Wartezeiten auf
40 Studienplätze
41
42

43 **Außerdem verlangt die Jungen Union NRW eine Stärkung des Ehrenamtes, um die**
44 **Solidarität in der Gesellschaft dauerhaft zu fördern.**
45

46 Die Leistungen, die von Menschen ohne Zwang und neben ihrer beruflichen oder
47 schulischen Tätigkeit ehrenamtlich erbracht werden, haben für das Zusammenleben die

48 größte Bedeutung. Eine Bezahlung in welcher Form auch immer würde ihrer Natur nicht
49 gerecht. Dennoch bedarf es auch hier besserer Rahmenbedingungen:

- 50
- 51 • Ehrenamtliche Jugendarbeit muss seitens der Landesregierung wieder in gleicher
52 Weise gefördert werden wie die offene, zumeist hauptamtlich betreute
53 Jugendarbeit.
 - 54 • Ehrenamtliche Tätigkeiten müssen vom Arbeitgeber und in der Berufsbiographie
55 stärker anerkannt werden als bisher.
 - 56 • Die Änderung von § 25 des Soldatengesetzes, die zu einer Beschneidung des
57 kommunalen Engagements unserer Soldaten führen soll, ist abzulehnen.
58